DGAPanalyse

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider (Hrsg.)
Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e.V.

März 2013 N° 1

Nordafrika-Politik zwischen Idealen und Interessen

Deutschland und Frankreich müssen ihre Unterstützung besser aufeinander abstimmen

von Isabel Schäfer

DGAP Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.

Zusammenfassung

Nordafrika-Politik zwischen Idealen und Interessen

Deutschland und Frankreich müssen ihre Unterstützung besser aufeinander abstimmen

von Isabel Schäfer

Der »Arabische Frühling« hat die südliche Mittelmeer-Region grundlegend verändert. Als Folge der Umbrüche werden auch bestehende internationale Allianzen auf den Prüfstand gestellt und neue Kooperationen geschaffen. Sowohl Frankreich als auch Deutschland haben sich intensiv für Hilfsprogramme und die Unterstützung der Transformationsprozesse in den arabischen Staaten eingesetzt. Traditionell und historisch bedingt sind die französischen und deutschen Beziehungen zum südlichen Mittelmeer-Raum dennoch unterschiedlich stark ausgeprägt. Nordafrika stellt für Frankreich eine der wichtigsten Investitions- und Handelsregionen weltweit dar, zugleich existieren enge zivilgesellschaftliche Netzwerke. In Deutschland gibt es vor allem nach den Umbrüchen ein wachsendes Interesse an der Region. Im südlichen Mittelmeer-Raum agieren sowohl Deutschland als auch Frankreich im Spannungsfeld von starken Handels- sowie Energieversorgungsinteressen und einer wertegebundenen und menschenrechtsorientierten Außenpolitik.

Zwischen der deutschen und der französischen Maghreb-Politik bestehen zunehmend Gemeinsamkeiten trotz verschiedener Formen von Akteuren und unterschiedlicher Akzentsetzung in den politischen Strategien. Ähnliche ökonomische und politische Interessen, was Handel, Energiepolitik oder Sicherheit betrifft (im Kontext von Migration, internationalem Terrorismus und organisiertem Verbrechen), wie auch vergleichbare Kooperationsmaßnahmen führen bei den Partnern zu immer mehr Konvergenz. Gleichermaßen wächst mit der Annäherung deutscher und französischer Strategien aber auch die Gefahr einer Doppelung in der deutsch-französischen Entwicklungszusammenarbeit. Besonders im Energiebereich gibt es eine Vielzahl parallel verlaufender Projekte, z. B. das von der deutschen Privatindustrie geplante internationale Wüstensolarprojekt DESERTEC, und das in Paris initiierte Projekt MedGrid zur Schaffung eines euro-mediterranen Stromnetzes. Sinnvoller erscheint hier eine engere deutsch-französische Abstimmung im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik und der Mittelmeer-Union. Konkrete europäische Projekte und Anknüpfungspunkte existieren bereits, wie der Mittelmeer-Solarplan oder die Pläne für ein European Supergrid.

Summary

North Africa Policy Between Ideals and Interests

Germany and France have to coordinate their support better

by Isabel Schäfer

The »Arab Spring« has shaken up the Southern shore of the Mediterranean. These democratic changes have put existing international alliances to the test and created new partnerships. Both France and Germany have worked hard in order to implement aid programs and to support those changes in the Arabic countries. However, French and German relations to Southern-Mediterranean countries are traditionally and historically very different. North Africa is one of the most important regions in the world for French investment and trade and there are close networks between the French and North African civil societies. In Germany, a growing interest for the region has appeared, especially after the political changes. Both Germany's and France's actions in the Southern Mediterranean region are influenced by strong interests for trade and energy supply on the one side and by a normative and human rights-oriented foreign policy on the other side.

Between the French and German Maghreb politics, there are growing common grounds, in spite of various forms of actors and different accents in their political strategies. Both countries have similar economic and political interests, like trade, energy policy or security (in the context of migrations, international terrorism and organized crime). These similar interests as well as comparable measures of cooperation lead to more and more convergence between both partners. But the approaching of German and French strategies goes in parallel with the danger of a duplication of French and German development aid. Particularly in the energy field, where there are numerous parallel projects, for instance the German solar energy project DESERTEC and the French initiative MedGrid, which should lead to the creation of a Euro-Mediterranean electricity supply system. A stronger French-German coordination which is integrated into the European Neighborhood Policy (ENP) and into the Union for the Mediterranean (UfM) seems to make more sense. There are already concrete European projects and starting-points, like the Mediterranean-Solarplan or plans for a European Supergrid.

Inhalt

Doppelstrategien trotz institutioneller Verflechtung 8
Französische Maghreb-Politik seit dem »Arabischen Frühling« 8
Deutsche Maghreb-Politik seit dem »Arabischen Frühling« 11
Die Bedeutung des Handelsaustauschs für Paris und Berlin 13
Energiepolitik 14
Die Union für den Mittelmeer-Raum (UfM) und der 5+5-Dialog 16
Europäische Antworten auf den »Arabischen Frühling« 17
Schlussbemerkung und Ausblick 19
Bibliographie 20
Anmerkungen 21

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Nordafrika-Politik zwischen Idealen und Interessen

Deutschland und Frankreich müssen ihre Unterstützung besser aufeinander abstimmen

von Isabel Schäfer

Seit dem Beginn des »Arabischen Frühlings« 2011 interessiert sich Deutschland viel stärker für die arabische Welt, wie weltweit viele andere Länder auch. Nicht nur in den Medien wurde und wird weiterhin ausführlich über die Umbrüche in Tunesien, Libyen, Ägypten, Bahrain, Jemen oder Syrien berichtet, auch in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wird der gesamten MENA-Region seit den Umbrüchen mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Dies gilt auch für den Maghreb. So hatte auch der deutsche Außenminister Guido Westerwelle (FDP) sehr schnell ein verstärktes Interesse an der Entwicklung in Tunesien als dem »Vorreiter des Arabischen Frühlings« gezeigt und dieses durch eine intensivierte Reisediplomatie, die Einführung von Transformationspartnerschaften und Regierungskonsultationen zum Ausdruck gebracht. Die deutsche Zurückhaltung gegenüber der militärischen Intervention im Libyen-Konflikt wiederum brachte Außenminister Westerwelle internationale Kritik ein.

Nach zunächst abwehrenden Reaktionen auf den »Arabischen Frühling« und die tunesische Revolution, wie die bis zuletzt angebotene Sicherheitsunterstützung der damaligen Außenministerin Michèle Alliot-Marie für das Ben-Ali-Regime, versuchte Frankreich durch den militärischen Einsatz in Libyen seine Unterstützung für die »Revolutionäre« zu verdeutlichen. Der plötzliche Positionswechsel des ehemaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy auf die Seite der libyschen Oppositionellen war nicht nur für das Gaddafi-Regime selbst eine Überraschung. Auch in Bezug auf die Umbrüche in Syrien beschleunigte Sarkozy später die internationale Interventionsdebatte. Darüber hinaus versuchten französische politische Akteure, durch Vermittlungsversuche zwischen den syrischen Oppositionsgruppen das Vertrauen in die französische Politik wieder zu stärken.

Zu Beginn der Umbrüche in der arabischen Welt waren die deutsch-französischen Beziehungen von der vordergründigen Eintracht des deutsch-französischen Tandems »Merkozy« geprägt. Doch nachdem die Präsidentschaftswahlen im Mai 2012 zu Gunsten des sozialistischen Kandidaten François Hollande ausgegangen waren, können auch die Feierlichkeiten aus Anlass des 50. Jahrestags des Elysée-Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit nicht darüber hinwegtäuschen, dass die deutsch-französischen Beziehungen etwas abgekühlt sind. Grund hierfür sind jedoch eher die unterschiedlichen Ansichten zur europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik und parteipolitische Gegensätze als außenpolitische Fragen.

Im außenpolitischen Bereich sind keine offenen Konflikte festzustellen, doch zeichnen sich leichte Verschiebungen in Bezug auf die Interessenpolitik beider Länder im Maghreb ab. Nachdem die »Union für den Mittelmeer-Raum« als zunächst von Frankreich initiiertes, dann als gemeinsames europäisches Projekt politisch gescheitert ist, verfolgen beide Länder nun eine eher national bzw. bilateral orientierte Nordafrika-Politik vor europäischem Hintergrund.

Angesichts der Probleme, die aktuell die nordafrikanischen ebenso wie die südeuropäischen Gesellschaften (z. B. hohe Jugendarbeitslosigkeit) erheblich belasten, und die in vielen Aspekten auch einen regionalen und globalen Charakter haben, bietet es sich jedoch an, nicht nur die deutsch-französische, sondern auch die europäische Zusammenarbeit in der Mittelmeer-Politik in die Tat umzusetzen. Nur so können die zukünftigen Sicherheits-, Wirtschafts- und Kulturbeziehungen zwischen Europa und den Maghreb-Ländern neu und nachhaltig gestaltet werden.

Doppelstrategien trotz institutioneller Verflechtung

Die traditionellen deutsch-französischen Austauschstrukturen bieten zahlreiche Möglichkeiten der konstanten gegenseitigen Information, der Abstimmung von Positionen und der Vorbereitung gemeinsamer deutsch-französischer Initiativen im europäischen Rahmen. Alle diese Foren werden auch genutzt. Die enge Verflechtung Deutschlands und Frankreichs sowohl im politischen als auch im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich – und dies nicht nur auf struktureller, sondern auch auf menschlicher Ebene – ist sicherlich beispiellos in Europa. Nicht umsonst wird die deutsch-französische Zusammenarbeit immer wieder in ihrem Modellcharakter im Hinblick auf eine verbesserte euro-mediterrane Zusammenarbeit zitiert. Vor dem Hintergrund dieses engen Beziehungsgeflechts und der veränderten geopolitischen Situation im Mittelmeer-Raum nach dem »Arabischen Frühling«, wäre eine verstärkte deutsch-französische Zusammenarbeit oder zumindest Konsultation und Absprache sicherlich sinnvoll. Es entsteht jedoch eher der Eindruck, dass es zunehmend zu nationalen Alleingängen des einen oder anderen Partners sowie zu parallel laufenden Initiativen kommt, und dies, obwohl sich die strategischen Ansätze Frankreichs und Deutschlands für die Maghreb-Region letztendlich gar nicht so sehr unterscheiden, wie im Folgenden aufgeführt wird. Beide Länder verfolgen weiterhin eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen, Sicherheitskooperation, Zusammenarbeit in den Bereichen der Energiepolitik und der Migration, und nicht zuletzt eine Stärkung der Zivilgesellschaften und die Unterstützung demokratischer Transformationsprozesse. Unterschiede sind vor allem in der konkreten Umsetzung dieser Ziele zu beobachten.

Französische Maghreb-Politik seit dem »Arabischen Frühling«

Präsident François Hollande (PS) möchte sich klar von seinem Vorgänger Nicolas Sarkozy (UMP) (und dessen Mittelmeer-Berater Henri Guaino) distanzieren und neue Akzente setzen. Dies betrifft auch die Beziehungen zu den Maghreb-Ländern. Insbesondere Algerien und Tunesien misst die französische Regierung hierbei eine besondere Bedeutung zu. Davon zeugt beispielsweise die Reiseaktivität Hollandes.[1] Ziel ist es, die bilateralen Beziehungen wieder zu intensivieren. Bereits im Wahlkampf hatte der aktuelle französische Außenminister Laurent Fabius (PS) angekündigt, die nordafrikanischen Länder auf ihrem Weg zur Demokratie unterstützen zu wollen. Die Prioritäten und Ziele, die für die französische Afrika-Politik definiert wurden, gelten auch für die nordafrikanischen Staaten: Demokratie, Freiheit, Unterstützung der NGOs, gute Regierungsführung, keine Vetternwirtschaft. Unter dem Motto »Keine Einmischung, sondern Forderungen« möchte Frankreich Demokratie, Wachstum und die Korruptionsbekämpfung fördern. Dieser Ansatz wird im Gegensatz zur Devise des früheren Premierministers Lionel Jospin »Weder Einmischung noch Gleichgültigkeit« von einigen Beobachtern als progressiv gewertet. Gleichzeitig unterscheidet sich der Ansatz kaum von der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), in der die vereinbarten Abmachungen jedoch letztendlich von den Regimen nicht verbindlich eingefordert wurden.

Auch unter Präsident Hollande wird Algerien aufgrund der gemeinsamen, schmerzhaften Geschichte, aber auch aus ökonomischen und energiepolitischen Interessen einen Schwerpunkt der französischen Nordafrika-Politik darstellen. Einen ersten historischen Schritt vollzog Präsident Hollande mit der überfälligen offiziellen Anerkennung des Massakers französischer Sicherheitskräfte an Demonstranten der algerischen Unabhängigkeitsbewegung am 17. Oktober 1961 in Paris. Die Beziehungen zu Algerien bleiben jedoch angespannt, vor allem die algerische Regierung zeigt sich gegenüber Frankreich zurückhaltend und distanziert. Zu den Feierlichkeiten anlässlich des 50. Jahrestags der Unabhängigkeit vom 5. Juli 1962 wurde Frankreich nicht eingeladen. Der erste offizielle Staatsbesuch Hollandes in Algier, im Dezember 2012, stand daher unter intensiver Beobachtung. Präsident Abdul Aziz Bouteflika hat seinerseits weniger Interesse an größeren Vergangenheits-Reue-Bekundungen des französischen Präsidenten. Angesichts der Tatsache, dass sein Regime trotz Erdöl- und Erdgasrente zunehmend unter Druck steht und mit schwerwiegenden sozi-

alen, strukturellen und wirtschaftlichen Problemen konfrontiert ist, beabsichtigt er vor allem, über die für ihn dringenderen Fragen der ökonomischen Kooperation zu beraten. Darüber hinaus ist Algerien direkt von den zunehmenden terroristischen Aktivitäten der al-Khaïda im islamischen Maghreb (al-Akhmi) und des mit al-Akhmi verbündeten Mouvement pour l'unicité et le jihad en Afrique de l'Ouest (Mujao) in der Sahel-Zone betroffen (s. zuletzt der Anschlag auf das BP-Gasfeld in In Amenas im Osten Algeriens im Januar 2013), hatte sich zugleich jedoch gegen die militärische Intervention in Mali ausgesprochen, die im Oktober 2012 von UN und EU befürwortet wurde. Der Anschlag wurde als eine terroristische Antwort auf das Zugeständnis Algeriens der Überflugsrechte an die französische Luftwaffe verstanden. Militärisch ist den dschihadistischen Guerillakämpfern nur schwer beizukommen, da sie ihre Aktivitätszentren in dem unübersichtlichen Gebiet stetig weiterverlegen. Algerien befürchtet, dass sie sich bei einer militärischen Intervention auf algerisches Gebiet zurückziehen. Hinzu kommt, dass Algerien die bewaffnete islamistische Touareg-Gruppe Ansare Dine nicht als terroristisch einstuft, zu einem Dialog mit den Rebellen bereit wäre und bereits Gespräche zwischen Ansare Dine und Militärvertretern Malis vermittelt haben soll. Frankreich und Deutschland befürworteten wiederum die militärische Intervention, die Frankreich am 11. Januar 2013 mit der »Operation Serval« begann. Davon abgesehen unterstützt Frankreich Algerien logistisch und finanziell im Antiterrorkampf, nicht zuletzt aufgrund eigener geostrategischer Interessen.

Frankreich möchte durch den Militäreinsatz nicht nur gegen die radikal-islamistischen Rebellen vorgehen, sondern auch seine ökonomischen und energiepolitischen Interessen in der Region schützen und sich erneut auf der internationalen Ebene positionieren. Algerien ist einer der Hauptenergielieferanten Frankreichs (drittwichtigster Erdgaslieferant). Frankreich steht bei den Importen aus Algerien mit ca. 6,61 Mrd. Dollar (2011) an vierter und bei den Exporten nach Algerien mit ca. 7,03 Mrd. Dollar an erster Stelle (2011).[2] Beide Länder haben in den letzten Jahren weitreichende bilaterale Wirtschaftsabkommen unterzeichnet: 2006 ein Wirtschafts- und Finanzmemorandum über Begleitmaßnahmen der Wirtschafts- und Finanzreformen, und 2008 ein Finanzkooperationsmemorandum, das auf eine weitere Vertiefung der Wirtschafts- und Finanzkooperation abzielt. Der Besuch des ehemaligen Sarkozy-Staatsekretärs Claude Guéant im Juni 2010 bildete den Auftakt einer systematischeren und regelmäßigeren Absprache über die bilaterale Wirtschaftskooperation. In diesem Rahmen erfolgten mehrfach Besuche des ehemaligen Premierministers Jean-Pierre Raffarin in Algier und des algerischen Industrie- und Investitionsministers Mohamed Benmeradi, dann Cherif Rahmani, in Paris, die 2011 und 2012 zum Abschluss mehrerer großer Investitionsprojekte auf bilateraler Ebene führten, wie z. B. die Metro in Algiers, ein Straßenbahnprojekt sowie weitere Investitionsverträge im Lebensmittelsektor, in der Zementindustrie, Pharmaindustrie und im Verpackungssektor. Weitere Großprojekte sind in Verhandlung (z. B. Fabriken von Renault und Total).[3] Algerien bleibt nicht zuletzt aufgrund der erheblichen wirtschaftlichen und energiepolitischen Interessen ein privilegierter Partner Frankreichs in Nordafrika, auch wenn die durch die koloniale Vergangenheit belasteten Beziehungen immer wieder von Missverständnissen und diplomatischen Spannungen geprägt sind.

Was die Beziehungen zu Tunesien angeht, so zeigt sich Präsident Hollande diplomatisch, erkennt selbstkritisch zahlreiche verpasste Gelegenheiten in der Vergangenheit an, in denen Frankreich sich nicht ausreichend kritisch gegenüber dem Ben-Ali-Regime geäußert habe, und übt Zurückhaltung in der Bewertung des bisherigen Transformationsprozesses. Zum tunesischen Präsidenten Moncef Marzouki, der lange im französischen Exil lebte, bestehen gute Beziehungen. Im Juli 2012 wurden ihm höchste Ehren zu Teil, als er während seines ersten offiziellen Paris-Besuchs in seiner Funktion als Staatspräsident vor der französischen Nationalversammlung sprechen durfte. Einige Parlamentarier kritisierten ihn jedoch für seine Koalition mit der islamistischen Ennahda-Partei. Viele französische Beobachter, Intellektuelle und Politiker bedauern den Ennahda-Sieg, die zunehmenden Angriffe auf die französische Sprache, und die schleichende Islamisierung Tunesiens. Die Stabilisierung und Konsolidierung der wirtschaftlichen Lage und der sozioökonomischen Entwicklung sind momentan jedoch die mindestens ebenso, wenn nicht wichtigeren

Herausforderungen für Tunesien. Die Troika-Koalition, die sich aus den drei Regierungsparteien – dem republikanisch, Zentrum-links orientierten Congrès pour la République (CPR), der islamistisch geprägten Ennahda-Partei und der sozialdemokratisch orientierten Ettakatol-Partei – zusammensetzt, arbeitet zwar zusammen, und ein Ende der Diskussion über die Verfassung ist in Sicht; Wahlen sind für 2013 geplant. Doch der Unmut in der tunesischen Bevölkerung über die aktuelle Regierung wächst, und weitere Unruhen in den nächsten Monaten waren und sind absehbar. Nach der Ermordung des linksliberalen Oppositionspolitikers Chokri Belaid am 6. Februar 2013 verschärfte sich die politische Krise derart, dass Premierminister Hamadi Jebali wenige Tage später zurücktrat, nachdem sein Vorschlag, eine Technokratenregierung zu bilden, am Widerstand der Hardliner aus der eigenen Partei gescheitert war.

Frankreich betrachtet die Salafisten als eine reale Bedrohung und ein ernst zu nehmendes Risiko für den demokratischen Transformationsprozess in Tunesien. Erst vor wenigen Wochen hatte Ennahda-Führer Rachid Ghanouccis auf doppelzüngige Weise das Ziel der Salafisten – die Einrichtung eines islamisierten Tunesiens – im Internet unterstützt und sich gegen »die Säkularen« ausgesprochen. Zwei über das Internet bekannt gewordenen Videos lösten zahlreiche kritische Reaktionen in der tunesischen Gesellschaft und in der internationalen Presse aus. Die Regierung Hollande möchte einerseits die Sensibilität der nordafrikanischen Partner nicht verletzen, sieht aber gleichzeitig die Gefahr einer mittel- und langfristigen Vernachlässigung des Respekts der Menschenrechte. Auch existiert eine gewisse Skepsis unter französischen Unternehmern, ob die weiteren politischen Entwicklungen in Tunesien den französischen Wirtschaftsinteressen entsprechen werden (s. u.).

Die Beziehungen Frankreichs zu Tunesien waren in den letzten Jahrzehnten traditionell sehr gut und eng. Allein zwischen 1955 und 2006 wurden mehr als 98 bilaterale Vereinbarungen und Abkommen in den verschiedensten Bereichen (Wirtschaft, Bildung, Immigration etc.) getroffen.[4] Frankreich war der Hauptpartner in fast allen Bereichen. Die Beziehungen zum autoritären Ben-Ali-Regime waren streckenweise zu eng, was teilweise zu einer ungesunden Verstrickung von politischen, privaten und ökonomischen Interessen führte, über die im Vorfeld der tunesischen Revolution zwar viele Bescheid wussten,[5] über die aber erst im Nachhinein ausführlich diskutiert und öffentlich berichtet wurde. Gleichzeitig wurde in der zugespitzten Debatte aber auch oft vergessen, dass Frankreich über all die Jahre hinweg viele tunesische Oppositionelle aufgenommen und auch die tunesische Zivilgesellschaft unterstützt hatte. Im Kontext der tunesischen Revolution hatten sich die französisch-tunesischen Beziehungen erheblich verschlechtert. Auch der nach der Revolution entsandte Botschafter Boris Boillon hatte keinen guten Start, vergriff sich im Ton gegenüber der tunesischen Zivilgesellschaft und Presse. Er wurde im August 2012 durch François Gouyette ersetzt, der einen Neubeginn der französisch-tunesischen Beziehungen signalisieren und umsetzen soll. Vom Tiefpunkt der Beziehungen im Jahr 2011 erholen sich diese nun schwer und langsam wieder. Frankreich unterstützt den Transformationsprozess auf vielen Ebenen. Nicht zuletzt sind die Beziehungen auch auf menschlicher Ebene sehr eng, aufgrund der großen Zahl tunesischer Staatsangehöriger (mehr als 500 000), die in Frankreich leben, und den vergleichsweise vielen Doppelstaatlern (ca. 150 000), die zwischen Tunesien und Frankreich leben, und den ca. 30 000 französischen Staatsbürgern, die in Tunesien leben. Gegenüber irregulärer Migration aus Tunesien in Ausnahmesituationen wurde 2011 jedoch eine Nulltoleranzpolitik gefahren, was u. a. zum Grenzkonflikt mit Italien und zur Infragestellung des Schengen-Systems führte. Im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) hat Frankreich wiederum immer die Interessen Tunesiens bedingungslos unterstützt, sowohl vor als auch nach der Revolution.

Die Beziehungen zu Marokko sind ebenfalls sehr eng, sowohl auf politischer wie wirtschaftlicher und kultureller Ebene. Wenn in Marokko auch keine Revolution stattfand, so wird das Land aus französischer und europäischer Perspektive doch weiterhin als ein im Transformationsprozess vergleichsweise fortgeschrittenes Partnerland betrachtet. Marokko ist seit Beginn des Barcelona-Prozesses 1995 in allen euro-mediterranen Foren und Institutionen aktiv und präsent gewesen und stellt aktuell den Generalsekretär der »Union für den

Mittelmeer-Raum« (UfM), Fathallah Sijilmassi. Auf diplomatischer Ebene bestehen zwischen Frankreich und Marokko regelmäßige und enge Kontakte, u. a. jährliche Treffen der Regierungschefs seit 1997. Im Rahmen der intergouvernementalen Zusammenarbeit wurden zahlreiche bilaterale Abkommen und Vereinbarungen beschlossen. In den letzten Jahren stehen besonders der Energiesektor und die menschliche Entwicklung im Fokus der Zusammenarbeit. Frankreich ist der wichtigste Investor und Handelspartner für Marokko und stellt 17,3% des Außenhandels dar: Exporte im Wert von 4,1 Mrd. Euro (2010) nach Marokko und Importe im Wert von 2,8 Mrd. Euro (2010) aus Marokko.[6] Marokko bleibt eines der beliebtesten Touristenziele für ca. drei Millionen Franzosen pro Jahr. Nicht zuletzt bestehen auch hier sehr enge kulturelle, wissenschaftliche und menschliche Beziehungen (ca. 1,3 Millionen marokkanische Staatsbürger leben in Frankreich). Akteure wie die Agence Francaise de Développement (AFD) fördern eine enge Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere in den Bereichen Wasser, Umwelt und sozio-ökonomische Infrastrukturen sowie der Berufsausbildung.

Die bilateralen Beziehungen zwischen Frankreich und Marokko sind, im Vergleich zu anderen Ländern in der Region, von Kontinuität und Ausgeglichenheit geprägt und weniger konfliktbeladen. Im politischen Dialog über geostrategische Fragen und internationale Herausforderungen besteht meist große Übereinstimmung. Neuerdings wird auch hier von einer »glaubwürdigen und ernsthaften privilegierten Partnerschaft« gesprochen.[7] Hierbei stehen für Frankreich nicht nur ökonomische Interessen im Vordergrund, sondern auch weiterhin der Antiterrorkampf, die regionale Sicherheitslage in der Sahel-Zone und die Rolle Marokkos als Transitland bzw. Verhinderer von Migration aus der Subsahara nach Europa.

Deutsche Maghreb-Politik seit dem »Arabischen Frühling«

Deutschland hat im Vergleich zur Frankreich die Umbrüche in Nordafrika vergleichsweise rasch begrüßt, zugleich jedoch die sich abzeichnenden Wahlsiege der islamischen Parteien unterschätzt. Außenminister Guido Westerwelle war bereits einen Monat nach der tunesischen Revolution als einer der ersten europäischen Außenminister am 12. Februar 2011 nach Tunis gereist und hatte deutsche Unterstützung angeboten. Große Hoffnungen wurden zunächst vor allem auf die Transformationsprozesse in Tunesien und Ägypten gesetzt, für die sogenannte »Transformationspartnerschaften« ins Leben gerufen wurden. Diese gelten teilweise auch für Jordanien, Marokko und Libyen. Ziel dieser Partnerschaften ist es, den demokratischen Wandel zu fördern und zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation beizutragen. Insbesondere mit Tunesien wurde die Zusammenarbeit schnell und in besonderem Maße intensiviert. Es wurden nicht nur die »Transformationspartnerschaft«, sondern auch eine »Sicherheitspartnerschaft« (Unterstützung bei der Einrichtung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen) und eine »Energiepartnerschaft« beschlossen. Während eines zweiten Besuchs unterzeichnete Außenminister Westerwelle am 9. Januar 2012 eine »Gemeinsame Absichtserklärung« mit dem tunesischen Außenminister Rafik Abdelsalam. Im Rahmen dieser Gespräche wurden eine Vielzahl deutsch-tunesischer Kooperationsprojekte in den Bereichen Demokratiestärkung, Rechtsstaatlichkeit, Medien, Zivilgesellschaft, Berufsbildung, Bildungs- und Kulturkooperation vereinbart. Diese Projekte werden bis Ende 2013 mit etwa 30 Millionen Euro unterstützt. Im März 2012 hielt sich der tunesische Regierungschef Hamadi Jebali zu Gesprächen in Berlin auf. Gemeinsam mit Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde zu diesem Zeitpunkt die Einrichtung bilateraler Regierungskonsultationen beschlossen, die der Transformationspartnerschaft ein breiteres Fundament geben sollen.[8] Am 12. September 2012 fanden erstmalig deutsch-tunesische Regierungskonsultationen auf der Ebene der Staatssekretäre statt, die den Grundstein für eine vertiefte Zusammenarbeit legen.[9]

Dies ist insofern bemerkenswert, als es das erste Mal ist, dass Deutschland diese Form von Gesprächen mit einem Maghreb-Land führt. An den Regierungskonsultationen waren neben dem Bundeskanzleramt insgesamt neun Ministerien (AA, BMWi, BMBF, BMZ u. a.) beteiligt. Es wurde über

die laufenden Reformen in Tunesien beraten und die Möglichkeiten einer vertieften Kooperation der Privatwirtschaft erörtert. Die Regierungskonsultationen sollen von nun an regelmäßig abwechselnd in Tunis und in Berlin stattfinden. Ressortbezogene Treffen zwischen Ministern und Staatssekretären werden unterstützt. Mit der »Gemeinsamen Erklärung anlässlich der ersten deutsch-tunesischen Regierungskonsultationen auf Staatssekretärsebene« vom 12. September 2012 erklären beide Länder, gemeinsame Interessen verfolgen zu wollen. Tunesien wird als Vorbild in der Region auf dem Weg zu einem demokratischen System gesehen und die Rechtsstaatlichkeit und die Allgemeingültigkeit der universellen Werte der Charta der Vereinten Nationen werden unterstrichen. Deutschland beabsichtigt, Tunesien bei der Integration in die Weltwirtschaft und bei der Umsetzung der »privilegierten Partnerschaft« mit der EU aktiv und partnerschaftlich zu unterstützen. Diese Unterstützung ist jedoch gebunden an die in der Erklärung genannten Prinzipien (freiheitliche Demokratie auf der Grundlage der in der Charta der Vereinten Nationen festgelegten universellen Werte, republikanische Werte der Alternanz und des Rechtsstaats, neue Verfassung, freie Wahlen, Beteiligung der Zivilgesellschaft)[10] sowie an das ENP-Prinzip der positiven Konditionalität (»mehr für mehr«).

Mit den Regierungskonsultationen wurde auch beschlossen, die bilaterale deutsch-tunesische Kooperation in nächster Zeit vor allem in drei Bereichen weiter zu festigen: 1. Bildung/Hochschulwesen/Berufs- und Weiterbildung; 2. Forschung und Innovation, einschließlich Energiebereich; 3. Gute Regierungsführung, einschließlich Korruptionsbekämpfung und juristische Zusammenarbeit im Bereich Rechtsstaat. Neu ist auch, dass im Rahmen der Gemeinsamen Erklärung explizit das Bundesland Bayern genannt wird, welches einen eigenen Aktionsplan mit Tunesien vor hat. Das Engagement des Bundeslands Bayern soll jedoch eng mit der Bundesregierung abgestimmt werden. Auch die Mitglieder der Maghreb-Parlamentariergruppe des Bundestags sind seit den Umbrüchen verstärkt in der Region aktiv geworden.[11]

Die Umbrüche in der arabischen Welt führten auch dazu, dass innerhalb des Auswärtigen Amtes neue Arbeitseinheiten gebildet und bereits bestehende umstrukturiert wurden. Ein persönlicher Beauftragter (Volkmar Wenzel) des Außenministers für die arabische Welt wurde im August 2011 ernannt. Um die Umsetzung der Transformationspartnerschaften und der im Rahmen der »Gemeinsamen Erklärung« beschlossenen Ziele kontinuierlich verfolgen zu können, wurde eine Arbeitsgruppe auf der Ebene der Außenministerien eingerichtet, die sich halbjährlich abwechselnd in Tunesien und in Deutschland trifft (Evaluation, Prüfung neuer Vorschläge etc.). Für den Zeitraum 2012/2013 stellt das Auswärtige Amt zusätzliche Mittel von 100 Millionen Euro für den Transformationsprozess in Nordafrika insgesamt zur Verfügung (60 Prozent für politischen und wirtschaftlichen Wandel; 40 Prozent für Bildung und Wissenschaft).[12] Tunesiens Schulden wurden umgewandelt, was die Investition von weiteren 60 Millionen Euro in Reformmaßnahmen ermöglicht.

Die Umsetzung der auf Ministerebene beschlossenen Projekte findet über die deutschen Mittlerorganisationen und andere Akteure statt. Hier sind vor allem die politischen Stiftungen zu nennen, aber auch die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), die KfW Entwicklungsbank, die Deutsch-Tunesische Handelskammer, die Deutsche Welle, das Goethe-Institut (GI), das Institut für Auslandsbeziehungen (IFA) oder der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD). So haben z. B. die Friedrich Naumann Stiftung, die Heinrich Böll Stiftung und der DAAD neue Büros in Tunesien eröffnet, und andere Stiftungen haben ihre Präsenz im Maghreb erhöht. Bilaterale deutsch-tunesische Vereine und NGOs, aber auch die Aktivitäten der Kirchen, Frauen- und Jugendvereine oder Städtepartnerschaften erleben seit der tunesischen Revolution eine neue Dynamik. Der indirekte Einfluss der nichtstaatlichen Akteure auf die Außenpolitik ist in Deutschland größer als in anderen EU-Mitgliedstaaten. Sie setzen nicht nur die übergeordneten normenorientierten Ziele deutscher Außenpolitik um, sondern stellen auch eine Art Gegengewicht zu den staatlichen Akteuren dar und begleiten konstant den demokratischen Entscheidungsprozess in den Zielregionen. Aufgrund der Umbrüche in der MENA-Region wurden gemeinsame Projektaktivitäten mit Partnern aus dem Maghreb erheblich erhöht.

Trotz der traditionell und historisch bedingt eher unterschiedlichen Beziehungen Deutschlands und Frankreichs zum südlichen Mittelmeer-Raum und trotz der verschiedenen Formen von Akteuren und Netzwerken oder unterschiedlicher Akzentsetzung in den politischen Strategien bestehen zwischen der deutschen und der französischen Maghreb-Politik zunehmend Parallelen, nicht zuletzt aufgrund zunehmend konvergierender ökonomischer und politischer Interessen und vergleichbarer Kooperationsmaßnahmen, und somit auch eine zunehmende Konkurrenz. Diese abzuschwächen, in europäische Bahnen zu lenken und verstärkt als Potenzial für einen gemeinsamen europäischen Motor innerhalb der EU neu zu entfalten, ist die Aufgabe der deutsch-französischen institutionellen und politischen Zusammenarbeit.

Die Bedeutung des Handelsaustauschs für Paris und Berlin

Die EU ist der wichtigste Handelspartner für die Maghreb-Länder. Das gilt auch für Tunesien, das ca. 64 Prozent seiner Importe aus der EU bezieht und ca. 75 Prozent seiner Exporte in die EU liefert. Die Maghreb-Staaten Tunesien, Marokko und Algerien haben bilaterale Freihandelsabkommen mit der EU abgeschlossen (Tunesien seit 1998 in Kraft, Algerien seit 2005 in Kraft, Marokko seit 2000 in Kraft). In Ergänzung zum europäischen Rahmen schließen die einzelnen EU-Mitgliedstaaten zusätzliche bilaterale Wirtschaftsabkommen. Für Deutschland ist Nordafrika in den letzten Jahren als Handelspartner wichtiger geworden. Das wird am Beispiel Tunesien deutlich: Deutschland ist mittlerweile der drittwichtigste Handelspartner Tunesiens (ca. 7,9 Prozent der Importe), nach Frankreich (22,8 Prozent der Importe) und Italien (18,7 Prozent der Importe).[13] Doch die Außenhandelsbeziehungen bestehen schon länger. So haben Tunesien und Deutschland bereits in der Vergangenheit zahlreiche bilaterale Abkommen vereinbart, wie z. B. zum Investitionsschutz (1966), Seeverkehr (1966, 1997), Luftverkehr (1968), Rechtsschutz (1968), Besteuerungsabkommen (1975), Landverkehr und Warentransport (1984) oder auch zur Sozialversicherung (1984).

Etwa 40 Prozent der tunesischen Importe aus Deutschland sind für tunesische Firmen mit deutscher Kapitalbeteiligung oder deren Zulieferer bestimmt, und ungefähr 80 Prozent der tunesischen Exporte nach Deutschland werden ebenfalls in tunesischen Firmen mit deutscher Kapitalbeteiligung oder von deren Zulieferern produziert. In Tunesien sind ca. 150 deutsche Industriefirmen angesiedelt, im Vergleich zu 752 französischen Firmen und 466 italienischen Unternehmen. Die deutschen Unternehmen werden von der deutsch-tunesischen Handelskammer betreut. Deutschland ist der viertwichtigste Investor in Tunesien. Die 270 Exportunternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung haben bis 2009 mehr als 300 Millionen Euro investiert und etwa 48 000 Arbeitsplätze in Tunesien geschaffen. Die Revolution in Tunesien hat (mit einigen wenigen Ausnahmen) nicht dazu geführt, dass deutsche Unternehmen ihre Produktionsstätten in andere Länder verlegt hätten. Im Gegenteil lässt sich eher eine neue Investitionsdynamik beobachten, und Tunesien wird von den meisten Unternehmern als ein positiver Wirtschaftsstandort betrachtet, nicht zuletzt auch aufgrund qualifizierter lokaler Arbeitskräfte und der Niedriglöhne.[14] Die bilaterale Handelsbilanz zwischen Tunesien und Deutschland im Jahr 2009 betrug 2,35 Milliarden Euro: Exporte nach Tunesien (2009) 1,13 Milliarden Euro, Importe aus Tunesien (2009) 1,22 Milliarden Euro. Deutsche Firmen exportieren nach Tunesien vor allem Textilprodukte, Elektronik, Maschinen, Autokabel, Autozubehör, chemische Produkte, Lebensmittelprodukte, Eisen und Eisenwaren. Deutschland importiert aus Tunesien vor allem Textilien, Lebensmittelprodukte, Elektronik, Lederprodukte, Rohöl, Kraftstoff, Schmierstoffe und Teppiche. Tunesien ist für die deutschen Exporte innerhalb des Maghreb der wichtigste Partner. Nicht zu vernachlässigen sind die Rücküberweisungen der in Deutschland lebenden Auslandstunesier. Durchschnittlich fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts werden von den Auslandstunesiern beigesteuert, die auch zentrale Devisenlieferanten sind. Die ca. 50 000 in Deutschland lebenden Tunesier überweisen ca. 50 Millionen Euro pro Jahr nach Tunesien und tragen direkt oder indirekt zum Erhalt von etwa 7700 Arbeitsplätzen bei. Der deutsche Tourismus nach Tunesien hat eine lange

Tradition und steht an vierter Stelle mit durchschnittlich 520 000 Touristen pro Jahr, nach ca. 1,7 Millionen Touristen aus Libyen, 1,3 Millionen Touristen aus Frankreich und einer Millionen Touristen aus Algerien.

Doch abgesehen von den intensivierten deutsch-tunesischen Handelsbeziehungen ist Frankreich nach wie vor Tunesiens wichtigster Wirtschaftspartner. 1300 Unternehmen mit französischer Beteiligung sind in Tunesien präsent und beschäftigen ca. 120 000 Personen.[15] Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem französischen Arbeitgeberverband Mouvement des entreprises de France (MEDEF) und dem tunesischen Arbeitsgeberverband Union Tunisienne de l'Industrie, du Commerce et de l'Artisanat (UTICA) wurden im November 2012 nach einer gewissen »Revolutionsflaute« wieder intensiviert. An dem Treffen nahmen ca. 90 französische Unternehmen teil. Die Mehrheit der französischen Unternehmer ist mit den Investitionsbedingungen in Tunesien nach der tunesischen Revolution im Allgemeinen eher zufrieden, beklagt jedoch die Sicherheitslage und die schleppende Modernisierung der Hafenanlagen. Ähnlich wie in den bilateralen deutsch-tunesischen Gesprächen wurde auch im Rahmen der französisch-tunesischen Wirtschaftsgespräche beschlossen, die konkreten Interessen und die Nachfrage der Unternehmer verstärkt in der Reform der Berufsausbildung zu berücksichtigen. Französische Unternehmer befürchten – nach den schlechten Erfahrungen der Vorteilsnahme und Korruption während des Ben-Ali-Regimes – nun eine Verschlechterung in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit, die Transparenz der Verwaltungen und die Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen der Regierung Jebalis (Ennahda). Neue Richtlinien für Investitionen sind in Arbeit. Auch wenn die Regierungskrise und der Rücktritt des Premierministers am 19. Februar 2013 nicht unbedingt die Investitionsfreudigkeit internationaler Investoren erhöhen mögen, so sind die aktuellen politischen Konflikte und Aushandlungsprozesse letztendlich ein inhärenter Teil der Transition.

Insgesamt ist Nordafrika für Frankreich eine der wichtigsten Investitions- und Handelsregionen weltweit, insofern wird die Präsenz deutscher Unternehmen auf den nordafrikanischen Märkten mit einer gewissen Skepsis beobachtet.

Energiepolitik

Zu den gemeinsamen energiepolitischen Herausforderungen für Europa und die MENA-Staaten zählen die Diversifizierung der Energieversorgung, der Ausbau der Transportwege und die Schaffung gemeinsamer Märkte, Energiemarktreformen, die Entwicklung und Modernisierung der Energieinfrastruktur, die Verbesserung energiesparender Technologien sowie der Gebrauch von erneuerbaren Energien. Die Energiepolitik Frankreichs und Deutschland gegenüber der Maghreb-Region schwankt zwischen Konkurrenz und Kooperation. Nach einer ersten Phase der Konkurrenz wurde zunehmend versucht, die verschiedenen Initiativen und Energieprojekte im Bereich der erneuerbaren Energien unter einem gemeinsamen europäischen Dach miteinander zu vereinbaren. Die ursprünglich private Initiative DESERTEC wurde erst später von der deutschen Regierung unterstützt. Ziel des DESERTEC-Projekts ist es, in der Sahara mit Hilfe von Sonnenenergie (solarthermische Anlagen) und Windkraftanlagen sauberen Strom zu erzeugen, der zum einen den wesentlichen Teil des Eigenbedarfs der MENA-Länder decken soll sowie bereits ab 2050 bis zu 15 Prozent des europäischen Energiebedarfs. Die Initiative ging zunächst von Gerhard Knies,[16] dem Club of Rome und dem Deutschen Zentrum für Luft und Raumfahrt (DLR) aus. Danach bildeten sich verschiedenen Strukturen wie die DESERTEC Foundation, die DESERTEC Industrial Initiative (Dii) und das DESERTEC University Network (DUN). An der ursprünglichen Initiative waren vorrangig große deutsche Unternehmen wie RWE, Siemens und die MünchenerRück beteiligt. Mittlerweile hat sich der Verbund zu einem internationalen Konsortium gewandelt, aber einige deutsche Unternehmen wie Siemens oder Bosch sind bereits wieder ausgestiegen. In Frankreich wiederum entstand das sogenannte MedGrid-Projekt, was ähnliche Ziele verfolgt, ein Konsortium aus vorrangig südeuropäischen und nordafrikanischen Firmen bildet und vor allem den Ausbau der Netzverbindungen anstrebt. Parallel zu diesen Prozessen lancierte der damalige französische Staatspräsident

Nicolas Sarkozy das Projekt der Mittelmeer-Union, mit einem Schwerpunkt auf den Mittelmeer-Solarplan (MSP). Der Mittelmeer-Solarplan hat ebenfalls zum Ziel, Produktion, Transport und Nutzung von Sonnenergie voranzutreiben sowie Energieeffizienz zu fördern, und gehört zu den fünf Flagschiffprojekten der Union für den Mittelmeer-Raum (neben der Umweltsanierung des Mittelmeers, dem Ausbau von Seewegen und Autobahnen, der Unternehmensförderung sowie Bildungs- und Hochschulkooperation). Bis 2020 sollen 20 GW aus erneuerbaren Energien produziert werden, bis 2050 bis zu 100 GW, zusätzlich zu 50 Prozent des Eigenbedarfs der MENA-Länder. Erste Pilotprojekte und Initiativen im Rahmen des Mittelmeer-Solarplans wurden auf den Weg gebracht, doch unabhängig bzw. parallel zu den privaten Initiativen. Nach und nach wurde dann versucht, die parallel laufenden privaten und öffentlichen Stränge und auch die parallelen französischen und deutschen Initiativen und Projekte miteinander zu verknüpfen, unter dem Dach des Mittelmeer-Solarplans bzw. einem »European Supergrid«. Gleichzeitig sind jedoch noch viele andere Akteure auf dem Feld der erneuerbaren Energien in den letzten zehn Jahren in Nordafrika aktiv geworden, so dass heute z. B. bereits britische Privatunternehmen in Südtunesien Sonnenenergie produzieren und chinesische Solarzellenproduzenten die Preise deutscher Hersteller unterbieten. Der Energiekonzern RWE wiederum plant eine Solar- und Windanlage in Marokko und ein weiteres Solarkraftwerk in Ägypten. Angesichts des hart umkämpften Energiemarkts in Nordafrika sind europäische Absprachen verstärkt notwendig. Die DESERTEC-Initiative hat durch die tunesische Revolution neuen Auftrieb erhalten. Jetzt rückt vor allem auch der Aspekt der möglichen Arbeitsplatz-schaffung durch dieses und vergleichbare Projekte in den Vordergrund. Erneuerbare Energien waren und bleiben einer der inhaltlichen Schwerpunkte deutscher Mittelmeer-Politik, die auch den Mittelmeer-Solarplan von Anfang an unterstützt hatte. Intensive Beziehungen im Energiesektor (fossile und erneuerbare Energien) bestehen zu Algerien und Libyen, aber auch zu Tunesien und Marokko. Im Januar 2012 haben Deutschland und Tunesien eine bilaterale »Energiepartnerschaft« vereinbart. Ein erstes Treffen hierzu fand Anfang Januar 2013 in Berlin statt, welches den Startschuss für die Energiepartnerschaft gab. Beide Länder »messen den bilateralen Beziehungen im Energiebereich eine große Bedeutung zu«.[17] Im Juli 2012 wurde eine weitere bilaterale Energiepartnerschaft mit Marokko von Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler und dem marokkanischen Energieminister Fouad Douri unterzeichnet.[18] Schwerpunkt ist der Ausbau erneuerbarer Energien und die politische Flankierung der DESERTEC-Initiative. Kritiker aus verschiedenen Lagern diskutierten das DESERTEC-Projekt jedoch kontrovers, vor allem in Bezug auf die Versorgungsunsicherheit (unberechenbare politische Lage), die Anlagen als potenzielles Ziel für terroristische Angriffe, die Konzentrierung und Monopolisierung der Energieversorgung statt Dezentralisierung, den zu erwartenden hohen Energiepreis für die Abnehmer, die zu geringe Berücksichtigung der Interessen der MENA-Länder.

Im Rahmen der ENP hat die EU wiederum weder das DESERTEC-Projekt noch den Solarplan besonders intensiv vorangetrieben. In der »Neuen Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel« wird ein intensiverer energiepolitischer Dialog mit den südlichen Nachbarn vorgeschlagen und die Ausweitung der Energiegemeinschaft oder die Schaffung einer weiteren Energiegemeinschaft zwischen der EU und den südlichen Nachbarn angeregt. Deutschland könnte hier aufgrund des technologischen und politischen Vorsprungs im Bereich der erneuerbaren Energien innerhalb der EU eine Vorreiterrolle übernehmen. Die Kooperation zwischen der privaten Initiative großer Energiekonzerne und Unternehmen und der staatlichen Initiative des Mittelmeer-Solarplans funktionierte bislang jedoch wie erwähnt nur ansatzweise. 2012 hat sich die Europäische Kommission dann verstärkt in die Energiedebatte eingeschaltet und eine gemeinsame Initiative Marokkos, Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Spaniens unterstützt, die auf den Bau eines 600 Millionen Euro teuren Solarthermieprojekts in Marokko abzielt; der dort erzeugte Strom soll dann nach Europa transportiert werden.[19] Ein Regierungsabkommen zwischen den EU-Staaten und Marokko wurde jedoch wieder verschoben. Die EU möchte einerseits einen gemeinsamen Energiemarkt mit Nordafrika aufbauen, doch andererseits hat insbesondere im strategisch wichtigen Energiesektor kein EU-Mitgliedstaat ein Interesse daran, Souveränität nach Brüssel abzugeben. Zentral ist

es jedoch in diesem Kontext vor allem, die Interessen der südlichen Mittelmeer-Anrainer stärker zu berücksichtigen als bisher, im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung für die Region, einer genaueren Analyse des Energiebedarfs der MENA-Länder, neuer Ausbildungsmöglichkeiten und der Schaffung lokaler Arbeitsplätze. Konstruktiven sozioökonomischen Begleitprogrammen im Rahmen der ENP und der UfM, die auch auf eine Wertschöpfung für die nordafrikanischen Gesellschaften zielen, müsste mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Die Union für den Mittelmeer-Raum (UfM) und der 5+5-Dialog

Für den damaligen Präsidenten Sarkozy war die UfM eine Art persönliches Projekt, über das er sich international profilieren wollte. Nachdem der politische Dialog aber nach dem pompösen Anfangsgipfel 2008 in Paris relativ bald ins Stocken geraten war, verlor er schnell das Interesse an der euro-mediterranen Zusammenarbeit. Hinzu kamen die langwierigen Kompetenzstreitigkeiten zwischen Brüssel und dem Sekretariat in Barcelona. Der nun vom neuen Präsidenten Hollande im Oktober 2012 in Malta vorgestellte Ansatz »Mittelmeer der Projekte« unterscheidet sich nicht erheblich von dem der Vorgängerregierung, die letztendlich auch auf die Umsetzung konkreter (Infrastruktur-)Projekte gesetzt hatte, die für die Bürger rund um das Mittelmeer sichtbar sein sollten. So soll auch unter Hollande die UfM als eine Art Umsetzungsagentur der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) auf kleiner Flamme weiterexistieren, inklusive der bestehenden UfM-Institutionen (Sekretariat, Kopräsidentschaft etc.) und Strukturen. Entsprechend ist der aktuelle UfM-Generalsekretär, der marokkanische Diplomat Fathallah Sijilmassi, damit beauftragt, regionale Integrationsprojekte wie die Maghreb-Autobahn oder das euro-mediterrane Erasmus-Programm (mehr Mobilitätsmöglichkeiten für Studierende aus der Euromed-Region) voran zu treiben. Für das Jahr 2013 ist zudem eine Konferenz zum Thema Frauenrechte auf euro-mediterraner Ebene geplant, die u. a. von der französischen Frauenministerin Najat Vallaud-Belkacem vorbereitet wird.

Dass Präsident Hollande sich von seinem Vorgänger absetzen möchte, zeigt sich u. a. daran, dass er anstrebt, den 5+5-Dialog als eine Art Gegenmodell zur UfM wiederzubeleben.[20] Dieses Dialogforum hat aus französischer Perspektive den Vorteil, einen kleineren und damit überschaubareren Rahmen als die überambitionierte und zu weit gefasste UfM zu bieten und die kulturelle und geographische Nähe der fünf südeuropäischen und fünf nordafrikanischen Länder in den Vordergrund zu stellen. Auch hat dieses Forum den Vorteil, den israelisch-palästinensischen Konflikt außen vor lassen zu können, der in der Vergangenheit so oft zu Blockaden auf euro-mediterraner Ebene geführt hat. Ein Nachteil ist wiederum, dass Ägypten – immerhin ein zentraler Partner Frankreichs, auch in der euro-mediterranen Zusammenarbeit – nicht beteiligt ist. Aus nord- und mitteleuropäischer Perspektive erweckt dieses Forum den Eindruck, dass die südeuropäischen EU-Mitgliedstaaten Spanien, Frankreich und Italien mittelmeerbezogene Fragen hier unter sich ausmachen möchten. Doch nicht nur Deutschland, sondern auch Finnland oder Schweden verstehen sich mittlerweile als »Mittelmeer-Staaten«, da schließlich aufgrund des Schengen-Systems die Außengrenzen der EU und damit auch Schwedens und Deutschlands in Südspanien, Süditalien und Südgriechenland verlaufen.

Nach neunjähriger Pause fand am 5. Oktober 2012 ein Treffen in Malta statt, an dem die Staats- und Regierungschefs der zehn Länder teilnahmen.[21] Der 5+5-Dialog wurde 1990 in Rom gegründet und war bislang vor allem eine informelle Plattform für Gespräche über sicherheitspolitische Kooperation, Migrationsfragen und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ziel, die regionale Unabhängigkeit und Entwicklung zu fördern. Die zehn Außenminister treffen sich in regelmäßigen Abständen, zuletzt 2010 in Tunis und 2012 in Rom. Während der Konferenz von Malta wurde nun beschlossen, eine Art Task Force zu gründen, die sich vorrangig Sicherheitsfragen widmen soll (Kampf gegen Drogenhandel, organisiertes Verbrechen und »illegale« Migration). Über weitere mögliche neue Projekte wurde in Malta diskutiert, wie z. B. die Einrichtung eines Warnsystems für Lebensmittelpreise. Frankreich schlug vor, über den 5+5-Dialog und die UfM mehr euro-mediterrane Investitionsprojekte

zu fördern; durch gemeinsame Industriestrategien soll die gemeinsame Schaffung von Arbeitsplätzen auf beiden Seiten des Mittelmeers ermöglicht werden. Weitere formulierte Ziele sind eine verbesserte Mobilität für Unternehmer und Geschäftsreisende, eine Intensivierung der Energiekooperation sowie die Zusammenarbeit im Verkehrs- und Transportwesen. Gleichzeitig wurde in Malta natürlich auch über die europäische Finanzkrise debattiert, welche zwangsweise europäische Budgeteinschränkungen mit sich führt. Wie viele der genannten Ziele also tatsächlich umgesetzt werden, wird die Zukunft zeigen.

Frankreich hat seine Entwicklungspolitik für die nächsten zehn Jahre neu definiert. Hierbei hat die Subsahara die Mittelmeer-Region mittlerweile auf der Prioritätenrangliste überholt. Faktoren, die zu dieser Entwicklung beigetragen haben, sind u. a. die verstärkten Aktivitäten von al-Khaïda im Maghreb und die Migrationsbewegungen in der Sahel-Region, ausgelöst durch Armut, Dürre und gewaltsame Konflikte.[22] Auch für andere europäische Außenpolitiker ist die Subsahara bzw. Sahel-Region mittlerweile zu einem Teil einer weiter gefassten Mittelmeer-Region geworden, von der neue Konfliktpotenziale ausgehen.[23]

Für die deutsche Außenpolitik wiederum bleibt neben der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) der »Barcelona Prozess: Union für den Mittelmeer-Raum« (UfM) weiterhin der zentral geltende Referenzrahmen für die Mittelmeer-Region. Deutschland hatte sich auch von Anfang an im 2010 gegründeten UfM-Sekretariat in Barcelona engagiert (sowohl personell wie finanziell) und bringt sich auch in die sonstigen bestehenden euro-mediterranen Programme, Projekte und Konferenzen seit Jahren regelmäßig ein. Schwerpunkte sind hierbei der Mittelmeer-Solarplan und die Förderung erneuerbarer Energien. In der 2005 gegründeten Anna-Lindh-Stiftung für den Dialog zwischen den Kulturen zählt Deutschland zu den Hauptbeitragszahlern, mit Schweden und Spanien. Auch die im März 2012 von der EU beschlossene »Partnerschaft für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand mit dem südlichen Mittelmeer-Raum« geht auf eine deutsche Anregung zurück, die jedoch eigentlich nicht mehr als eine Weiterführung der Prinzipien und Programme der EMP/UfM bedeutete.[24] Deutschland hat sich auch dafür eingesetzt, dass die europäische Seite der Kopräsidentschaft der UfM von der EU übernommen wird und nicht wie bisher von einem EU-Mitgliedstaat. De facto hatte Frankreich seit 2008 die Kopräsidentschaft inne. Seit März 2012 wird die europäische Seite der Kopräsidentschaft nun vom Europäischen Auswärtigen Dienst und der Europäischen Kommission übernommen. Im Herbst 2012 übernahm Jordanien die Kopräsidentschaft für die südlichen und östlichen Mittelmeer-Anrainer. Aus deutscher Perspektive stand aber auch immer der europäische Charakter der Mittelmeer-Politik im Vordergrund und der Versuch, über die etablierten Foren und Programme (der EMP, dann UfM) eine gemeinsame europäische Außenpolitik gegenüber den südlichen und östlichen Mittelmeer-Anrainern umzusetzen.

Die deutsche Außenpolitik, die immer wieder ihren multilateralen Ansatz betont und sich stetig zwischen rein interessengeleitetem Handeln und Werteorientierung hin und her bewegt, sieht in der regionalen Kooperation im Mittelmeer-Raum weiterhin eine Chance, den regionalen Herausforderungen gerecht zu werden, und dies nicht im Widerspruch zu den eigenen Interessen, sondern vielmehr als eine sinnvolle Ergänzung. Aus deutscher Perspektive stehen die wirtschaftliche Integration im Mittelmeer-Raum und die Förderung demokratischer Reformen im Vordergrund. Die Wiederbelebung des 5+5-Rahmens wurde aus der Distanz und mit einer gewissen Skepsis mitverfolgt, bzw. von vielen politischen Entscheidungsträgern in Berlin gar nicht wahrgenommen. Letztendlich verlässt man sich auf die bestehenden Vereinbarungen, die im Rahmen der ENP und der EMP/UfM in Bezug auf die euro-mediterrane Zusammenarbeit getroffen wurden.

Europäische Antworten auf den »Arabischen Frühling«

Neben den intensivierten bilateralen Aktivitäten haben sowohl Deutschland als auch Frankreich sich im europäischen Rahmen für die Förderung der

Transformationsprozesse in der arabischen Welt stark gemacht. So haben beide Länder nicht nur die »Partnerschaft für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand mit dem südlichen Mittelmeer-Raum« (März 2011) unterstützt, sondern auch die »Neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel« (Mai 2011) als Reform der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), die vor allem zusätzliche europäische Unterstützung für die Bereiche »money, markets, mobility« verspricht.[25] Ziel der »Neuen Antwort« ist es, eine differenziertere, effizientere und verbindlichere Nachbarschaftspolitik umzusetzen, die es erlauben soll, individueller auf die unterschiedlichen Bedingungen in den heterogenen südlichen Nachbarschaftsländern einzugehen und positive Konditionalität konsequenter einzufordern (mehr finanzielle Unterstützung für die Länder, die mehr Reformen umsetzen, nach dem Motto »more for more«).

Doch wie dies konkret geschehen soll, bleibt offen. Bereits in der Vergangenheit wurde eine Konditionalität letztendlich gegenüber den autoritären Regimen in der Region nicht wirklich eingefordert. Die Frage, inwiefern dies nun gegenüber den neuen Regierungen (Tunesien, Ägypten) der Fall sein wird, bleibt seitens der EU unbeantwortet. Die EU stellt eine Milliarde Euro zusätzliche ENP-Mittel zur Verfügung.[26] Davon sind ca. 140 Millionen Euro für Tunesien vorgesehen. Auch die Europäische Investitionsbank (EIB) erhöht ihre Mittel um eine Milliarde Euro. Die von den südlichen Mittelmeer-Anrainern immer wieder geforderte Euro-Mediterrane Investitions- und Entwicklungsbank wurde zwar nicht gegründet, aber das Mandat der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) wurde auf den südlichen Mittelmeer-Raum ausgeweitet. Zu den Wahlen der Verfassungsgebenden Versammlung in Tunesien im Oktober 2011 entsandte die EU eine Wahlbeobachterkommission, auch die ersten freien Wahlen in Libyen im Juli 2012 wurden mit europäischer Wahlhilfe unterstützt, Ägypten hat europäische Wahlhilfe und Beobachterkommissionen wiederum abgelehnt (2011/2012). Der 2011 ernannte EU-Sonderbeauftragte für das südliche Mittelmeer, Bernardino León, »soll die EU-Aktivitäten koordinieren, Präsenz vor Ort zeigen und die Effizienz der Maßnahmen, insbesondere bei der Förderung der Zivilgesellschaft, sicherstellen.«[27]

Im Dezember 2011 hat die EU den Beginn von Handelsgesprächen für eine »vertiefte und umfassende Freihandelszone« mit Tunesien sowie mit Ägypten, Marokko und Jordanien beschlossen. Gegenstand der Verhandlungen sind vor allem der Abbau von Handelsbarrieren, die Förderung des Wirtschaftswachstums, der Schutz von Investitionen und die öffentliche Auftragsvergabe.[28] Bereits vor der tunesischen Revolution waren die bilateralen Verhandlungen zwischen der EU und Tunesien über das sogenannte »Statut avancé« weit fortgeschritten. Während und nach der Revolution waren die Gespräche auf Eis gelegt. Mittlerweile wurde der Begriff des »Statut avancé« durch eine »privilegierte Partnerschaft« ersetzt. Deutschland und Frankreich unterstützen eine privilegierte Partnerschaft mit Tunesien und die o. g. Aufnahme von Verhandlungen über eine umfassende Freihandelszone. Die privilegierte Partnerschaft beruht letztendlich auch auf dem Prinzip »Mehr für Mehr« und einer »vertieften und umfassenden Freihandelszone«. Am 19. November 2012 wurde während des EU-Tunesien-Assoziierungsrats der neue Aktionsplan zwischen der EU und Tunesien beschlossen, der den Auftakt der »privilegierten Partnerschaft« markiert.[29]

Mit Tunesien und Marokko hat die EU auch einen Dialog über »Migration, Mobilität und Sicherheit« begonnen. Ziel ist es, eine so genannte »Mobilitätspartnerschaft« abzuschließen, d. h. eine engere Zusammenarbeit im Bereich der »legalen und illegalen Migration«, der Entwicklung sowie im Flüchtlingsschutz.[30] Neben der EU-Ebene fördern Deutschland und Frankreich den Arabischen Frühling aber auch noch über weitere internationale Foren, Institutionen und Organisationen, wie z. B. über die G8-Gruppe. Auf Initiative Frankreichs haben die auf dem G8-Gipfel in Deauville präsenten Staaten und Institutionen (IWF, Weltbank, EIB) im Mai 2011 beschlossen, den arabischen Frühling im Rahmen der »Deauville-Partnerschaft« mit ca. 38 Milliarden US-Dollar zu unterstützen. Abschließend lässt sich feststellen, dass sowohl Frankreich als auch Deutschland sich intensiv für Hilfsprogramme und die Unterstützung der Transformationsprozesse in den arabischen Staaten sowohl auf bilateraler Ebene als auch im europäischen und im internationalen Rahmen eingesetzt haben.

Schlussbemerkung und Ausblick

Im Mittelmeer-Raum entstehen neue geopolitische Allianzen und Kooperationen. Nicht nur China oder Südkorea investieren zunehmend in Nordafrika und in Subsahara-Afrika, sondern auch die Golf-Staaten. Die neuen Entwicklungen beeinflussen auch die Position des Maghreb in der weiter gefassten regionalen Umgebung sowie im globalen System.

Die Tatsache, dass Deutschland kein belastendes koloniales Erbe im Mittelmeer-Raum hat, erleichtert einerseits die gegenwärtigen Beziehungen zu den Gesellschaften des südlichen und östlichen Mittelmeer-Raums. Andererseits sind die kulturellen und menschlichen Beziehungen der nordafrikanischen Gesellschaften zu den ehemaligen Kolonialstaaten Spanien, Frankreich und Italien viel enger, wenn auch nicht immer unkompliziert. Gleichzeitig ist die kulturelle Nähe Frankreichs zu den ehemaligen Kolonien im Schwinden begriffen, als Folge der Arabisierungspolitik (besonders in Algerien) einerseits, als Folge von Globalisierungsprozessen und Einflüssen aus den Golf-Staaten andererseits.

Die Verbreitung des Mohammed-Schmähvideos »Unschuld der Muslime« im Internet und die erneute Publikation von Mohammed-Karikaturen in verschiedenen Medien im September 2012 führten in zahlreichen islamisch geprägten Ländern zu gewaltsamen antiwestlichen Ausschreitungen und in Europa zu neuen Diskussionen über (die Grenzen von) Pressefreiheit und bewusste Provokation (s. die Zeitschriften Charlie Hebdo, Titanic). In diesem Kontext wurden nicht nur amerikanische Botschaften attackiert und Diplomaten getötet (Libyen), sondern u. a. auch erstmals in dieser Form deutsche Botschaftsgebäude angegriffen und gestürmt (Sudan) Diese unerwartet schnelle Zuspitzung hat in Deutschland Besorgnis ausgelöst und eine neue Qualität an Verunsicherung verursacht. Frankreich und Deutschland haben anschließend ihre Botschaften in verschiedenen islamisch geprägten Staaten zeitweise vorsorglich geschlossen, aus Sorge vor weiteren Ausschreitungen. Ein für Oktober 2012 geplanter Besuch Angela Merkels in Tunesien wurde aus Sicherheitsgründen abgesagt.

Die Handlungsmöglichkeiten deutscher Außenpolitik im Mittelmeer-Raum bleiben durch die deutsche Geschichte und die besonderen Beziehungen zu Israel eingeschränkt. Und die besonderen Beziehungen zu Israel haben auch dazu geführt, dass die Aufmerksamkeit und Mittel deutscher Mittelmeer-Politik bislang vorrangig auf den Nahost-Konflikt fokussiert waren. Das ändert sich nun ansatzweise, wie die Intensivierung der deutsch-tunesischen Beziehungen zeigt. Der Widerspruch zwischen normenorientierter Außenpolitik (Respekt von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte weltweit fördern) und interessengeleiteter Außenpolitik (Deutschland ist z. B. der drittgrößte Waffenexporteur weltweit) hat eine lange Tradition. Der Großteil der deutschen Mittelmeer-Politik wurde und wird jedoch über den europäischen Rahmen umgesetzt, d. h. über die Union für den Mittelmeer-Raum und über die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP). Da Deutschland innerhalb der EU einer der gewichtigsten politischen und ökonomischen Akteure ist, wird die europäische Mittelmeer-Politik zu nicht unerheblichen Teilen von Deutschland mitbestimmt. Aus einer deutschen Perspektive bleiben die sicherheitspolitischen Herausforderungen, die sich aus dem Mittelmeer-Raum heraus ergeben, einerseits mehr oder weniger konstant (Migration, Energiesicherheit, internationaler Terrorismus, organisiertes Verbrechen, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen), andererseits hat sich durch den arabischen Frühling geändert, dass die deutsche Diplomatie offener geworden ist für einen Dialog mit gemäßigten islamischen Parteien und Regierungen.

Frankreich wiederum verfolgt nicht nur seine eigenen Interessen im Maghreb, sondern sieht sich auch als eine Art Vertreter der Interessen der nordafrikanischen Staaten innerhalb der EU. Angesichts der Finanzkrise, die bislang vor allem auch die südeuropäischen EU-Mitgliedstaaten trifft, sehen manche französische Beobachter die Gefahr, dass die EU sich noch mehr auf sich selbst zurückziehen wird, im Sinne einer Festung Europa und eingeschränkter Marktliberalisierung für Produkte aus dem Süden, und angesichts der schwierigen politischen und sozio-ökonomischen Entwicklungen in vielen der arabischen Transformationsländern das Interesse an einer vertieften

euro-mediterranen Kooperation verlieren könnte, um sich anderen Weltregionen zuzuwenden. Eine weitere Verschlechterung der Sicherheitslage in der Sahel-Zone und insbesondere in Mali wird nicht nur als Unsicherheitsfaktor für den Maghreb gesehen, sondern als ein Faktor, der die europäischen Kooperationsbemühungen eher reduzieren als verstärken wird. In den arabischen und angrenzenden afrikanischen Staaten sieht Frankreich sich immer wieder und bis heute dem Vorwurf neokolonialer Einmischung ausgesetzt, bei gleichzeitigen Forderungen nach Unterstützung. Derartigen Vorwürfen können nur eine noch engere Abstimmung mit den Ländern der Region auf Augenhöhe und ein vertiefter Dialog mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren entgegenwirken.

Sowohl Deutschland als auch Frankreich haben ein Interesse daran, die Transformationsprozesse konstruktiv zu begleiten, sich aber gleichzeitig auch zurückzunehmen. Die nordafrikanischen Gesellschaften müssen ihre Wege selbst gestalten. Deutschland wird auch weiterhin versuchen, ein Gleichgewicht zu finden zwischen seinen starken Handels- sowie Energieversorgungsinteressen und einer wertegebundenen und menschenrechtsorientierten Außenpolitik. Die Bedeutung, die regionalen Institutionen und internationalen Institutionen wie dem internationalen Gerichtshof beigemessen wird, bleibt eine Konstante deutscher Außenpolitik. Es wäre ungut und wenig konstruktiv, wenn ein neues Konkurrenzverhältnis zwischen Deutschland und Frankreich im Mittelmeer-Raum entstünde. Die französischen Versuche den 5+5-Dialog zu intensivieren, sind einerseits sinnvoll, da der Rahmen der 43 UfM-Mitglieder zu weit gefasst war und zu einer Blockade geführt hat. Andererseits darf dies nicht bedeuten, dass die Nordeuropäer und somit auch Deutschland aus der Mittelmeer-Politik ausgeschlossen werden. Die Gefahr einer zunehmenden Doppelung in der deutsch-französischen Entwicklungszusammenarbeit wächst und auch die Zuspitzung ökonomischer und energiepolitischer Konkurrenzverhältnisse. Sinnvoller wäre insofern eine tatsächliche deutsch-französische Abstimmung im europäischen Rahmen in Bezug auf die Mittelmeer-Politik im Allgemeinen und in Bezug auf Nordafrika im Besonderen.

Dr. Isabel Schäfer ist Senior Research Fellow an der Humboldt-Universität zu Berlin und leitet das Projekt »Mittelmeer Institut Berlin (MIB)«.

Bibliographie

Guillaume Alméras, Cécile Jolly, Méditerranée 2030 (IPEMED), Paris 2009.

Balfour, Rosa, »Euro-Mediterranean blues« (European Policy Centre, EPC Commentary), Brüssel 2010.

Dimitri Bechev, Kalypso Nicolaidis (Hrsg.), Mediterranean Frontiers. Borders, Conflicts and Memory in a Transnational World, London 2010.

Dimitar Bechev, Isabel Schäfer (Hrsg.), Agents of Change in the Mediterranean (RAMSES Working Paper Nr. 14/10), Paris 2010, S. 3–14.

Paul James Cardwell (Hrsg.), EU External Relations Law and Policy in the Post-Lisbon Era, Den Haag 2012.

Jean-François Daguzan, France's Mediterranean Policy: Between Myths and Strategy, in: Journal of Contemporary European Studies 3/2009, S. 387–400.

ders., France and the Maghreb: the end of the special relationship?, in: Yahia Zoubir/Haizam Amirah-Fernandez (Hrsg.), North Africa, Politics, Region, and the Limits of Transformation, London 2008.

Raffaella Del Sarto, Tobias Schumacher, From Brussels with love: leverage, benchmarking, and the action plans with Jordan and Tunisia in the EU's democratization policy, in: Democratization 4/2011, S. 932–955.

Claire Demesmay, La France et l'Allemagne face à l'espace méditerranéen: la persistance des préférences nationales dans le cadre européen, in: Allemagne d'aujourd'hui, Juli-September 2012, S. 185–195.

Michael Emerson, »Making Sense of Sarkozy's Union for the Mediterranean« (Centre for European Policy Studies, Policy Brief Nr. 155), Brüssel 2008.

European Commission, Partnership for Democracy and Shared Prosperity with the Southern Mediterranean. Joint Communication to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions COM (2011) 200, Brüssel, 8.3.2011.

European Commission, »A new response to a changing Neighbourhood«. Joint Communication to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social

Committee and the Committee of the Regions. COM (2011) 303, Brüssel, 25.5.2011.

Khalil Al-Anani, Zeidan Ali Zeidan, Moncef Cheikh-Rouhou, Arslan Chikhaoui, Ahmed Driss, Moaaz Elzoughby, Bassma Kodmani, Mehdi Lahlou and Ziad Majed, The Future of the Mediterranean: Which Way for Europe and North Africa (Bertelsmann Stiftung, Europe in Dialogue 1). Gütersloh 2011.

Christian-Peter Hanelt, Elisabeth Dietl, Europe and the Arabellion in 2012 (Bertelsmann Stiftung), Gütersloh 2011.

Jean-Robert Henry, Mediterranean Policies of France, in: Isabel Schäfer, Jean-Robert Henry (Hrsg.), Mediterranean Policies from Above and Below, Baden-Baden 2009, S. 17–37.

Almut Möller, Neue Wege für Nordafrika. Was bei einer Reform der EU-Mittelmeerpolitik berücksichtigt werden sollte, in: Internationale Politik 2/2011, S. 46–49.

Isabel Schäfer, Vers un nouveau paradigme de la politique européenne dans le monde arabe? Une Politique Européenne de Voisinage réformée (PEV) et l'Union pour la Méditerranée (UPM) (EuroMeSCo Brief Nr. 3), Barcelona, Juni 2011.

Schäfer, Les politiques euro-méditerranéennes à la lumière du printemps arabe, in: Mouvements, Dossier spécial »Printemps arabes, Comprendre les révolutions en marche, Nr. 66, Sommer 2011, S. 118–126.

Schäfer, Germany's Mediterranean Policy, in: Schäfer/Henry (Hrsg.), Mediterranean Policies from Above and Below, Baden-Baden 2009, S. 111–136.

Nathalie Tocci, Jean-Pierre Cassarino, Rethinking the EU's Mediterranean Policies Post-1/11 (IAI Working Papers Nr. 11|06), Rom 2011, <http://www.iai.it/pdf/DocIAI/iaiwp1106.pdf>.

Alvaro De Vasconcelos, The Shared Goal of a Euro-Mediterranean Community of Democratic States, in: European Union Institute for Security Studies (Hrsg.), The Arab Democratic Wave (Report 9), Brüssel/Paris, März 2011.

Maxime Weigert, Les industriels allemands en Tunisie. Précurseurs d'un nouveau modèle de coopération Nord-Sud? (IPEMED, Palimpsestes Nr. 12), Paris 2012.

Anmerkungen

1 François Hollande besuchte im Dezember 2012 Algerien, für Anfang 2013 sind Besuche in Marokko und Tunesien geplant, Vgl. Soudan, François: France-Afrique. Hollande, de Kinshasa à Tunis, In: Jeune Afrique, 14.10.2012, S. 10–12.

2 Vgl. <http://www.amb-algerie.fr/Economique/eco_p1.htm> (abgerufen am 4.12.2012).

3 Ibid.

4 Über <http://www.ambassadefrance-tn.org> (abgerufen am 5.12.2012).

5 Vgl. Nicolas Beau, Catherine Graciet, La régente de Carthage, main basse sur la Tunisie, Paris 2009.

6 Vgl. <http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/pays-zones-geo/maroc/la-france-et-le-maroc> (abgerufen am 5.12.2012).

7 Vgl. <http://www.lematin.ma/journal/Maroc-France_Un-partenariat-constant-et-serein-inscrit-dans-la-perennite/174723.html> (abgerufen am 5.12.2012).

8 Vgl. <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Aktuelle_Artikel/Tunesien/120912-dt-tun-Konsultationen.html> (abgerufen am 16.10.2012).

9 Vgl. Auswärtiges Amt, Gemeinsame Erklärung anlässlich der ersten deutsch-tunesischen Regierungskonsultationen auf Staatssekretärsebene, Berlin, 12.9.2012, <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Aktuelle_Artikel/Tunesien/120912-dt-tun-Konsultationen.html> (abgerufen am 16.10.2012).

10 Ebd.

11 Mitglieder der Parlamentariergruppe Maghreb-Staaten sind: Günter Gloser (SPD), Sibylle Pfeiffer (CDU/CSU), Patrick Döring (FDP), Annette Groth (DIE LINKE.), Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

12 Vgl. <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Aktuelle_Artikel/Tunesien/120912-dt-tun-Konsultationen.html> (abgerufen am 16.10.2012).

13 Vgl. die Veröffentlichungen, die im Rahmen des unter der Leitung von Sylvie Daviet vom MMSH in Aix-en-Provence organisierten Projekts »Vers un entrepreneuriat transméditerranéen« erscheinen werden, <http://medentrepreneur.hypotheses.org/>.

14 Vgl. eine Studie der Deutsch-Tunesischen Industrie- und Handelskammer (AHK) (Hrsg.), Les entreprises exportatrices allemandes en Tunisie, situation et perspectives, 2011/2012, Tunis 2012.

15 Vgl. <http://www.ambassadefrance-tn.org/Rencontre-UTICA-MEDEF-Un>, 3.12.2012.

16 (Anm. der Redaktion:) Gerhard Knies, Physiker und Initiator des DESERTEC-Projekts.

17 Vgl. Auswärtiges Amt, Gemeinsame Erklärung anlässlich der ersten deutsch-tunesischen Regierungskonsultationen auf Staatssekretärsebene, Berlin, 12.9.2012, <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/625616/publicationFile/171695/120912-Gem-Erklaerung.pdf> (abgerufen am 16.10.2012), <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/G/gemeinsame-absichtserklaerung-energiepatrnerschaft-deutschland-tunesien,property=pdf,

bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf> und <http://www.bmwi.de/DE/Presse/pressemitteilungen, did=548518.html>.

18 <http://www.bmwi.de/DE/Presse/pressemitteilungen, did=510166.html>.

19 Vgl. Süddeutsche Zeitung, 9.11.2012, S. 24.

20 Das Format 5+5 umfasst Portugal, Spanien, Frankreich, Italien, Malta, Mauretanien, Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen.

21 Vgl. <http://www.5plus5.gov.mt/en/malta-summit> (zuletzt abgerufen am 5.11.2012); Pascal Airault, Maghreb-Europe. Vers un »new deal«, in: Jeune Afrique, 14.10.2012, S. 62.

22 In der Sahel-Zone leben ca. 10 Millionen Menschen. Sie umfasst die Staaten Mali, Mauretanien, Niger, Tschad, Burkina Faso und Nigeria.

23 Laurence Aida Ammour, Nouveaux défis sécuritaires en Afrique du Nord après le »printemps arabe« (Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik, GCSP Policy Paper 4), Genf 2012.

24 Haute Représentante de l'Union pour les Affaires étrangères et la Politique de sécurité, Communication conjointe au Conseil européen, au Parlement européen, au Conseil, au Comité économique et social européen et au Comité des régions. « Un Partenariat pour la démocratie et une prospérité partagée avec le Sud de la Méditerranée », COM (2011) 200 final, Brüssel, 8.3.2011.

25 Vgl. European Commission, A new response to a changing Neighbourhood. Joint Communication to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions, COM (2011) 303, Brüssel, 25.5.2011.

26 Für 2011 stellte die EU für die ENP ca. 1 Mrd. Euro zusätzliche Mittel zur Verfügung, davon 540 Millionen Euro für das Hilfsprogramm SPRING (Support for Partnership, Reforms and Inclusive Growth) für die südlichen Nachbarn für den Zeitraum 2011–2013, und hierbei insbesondere für Algerien, Jordanien, Marokko und Tunesien. Europäische Kommission/Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik (Hrsg.), Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Umsetzung einer neuen Europäischen Nachbarschaftspolitik, JOIN(2012) 14 final, Brüssel, 15.5.2012.

27 Vgl. <http://www.tunis.diplo.de/Vertretung/tunis/de/03/Transformationspartnerschaft_20mit_20Tunesien/Seite__Wandel_20in_20Tunesien.html> (abgerufen am 16.10.2012).

28 Ibid.

29 Vgl. <http://www.enpi-info.eu/mainmed.php?id=31112&id_type=1&lang_id=450> (abgerufen am 5.12.2012).

30 Zum Instrument der Mobilitätspartnerschaften vgl. Steffen Angenendt, Migration, Mobilität und Entwicklung. EU-Mobilitätspartnerschaften als Instrument der Entwicklungszusammenarbeit (Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie), Berlin 2012.

Herausgeber: Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V. |
Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin | Tel.: +49 (0)30 25 42 31-0 | Fax: +49 (0)30 25 42 31-16 |
info@dgap.org | www.dgap.org | www.aussenpolitik.net | ISSN 1611-7034 | © 2013 DGAP